

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXIII/73

Bonn, den 18. April 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 NPD-Führung von kommunistischen Agenten durchsetzt? 38

Mitgliederlisten liegen bei DDR-Behörden vor

2 - 2a Registrierungspflicht für "Lobbyisten" 70

Interessenvertretung der Verbände soll durchsichtiger werden

Von Herbert Berkeitinger

3 - 4 Mitterrand rückt in den Mittelpunkt 79

Wachsendes Selbstvertrauen der demokratischen Linken Frankreichs

Von Georg Scheuer, Paris

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Dienstverpflichtung und Arbeitsplatzwechselverbot auch für Frauen?

Von Annemarie Renger, MdB

Bessere Ernährung für alte Menschen

Käte Strobel sorgt für Aufklärung

Fast 800 Frauen fragten - SPD antwortete

* *

*

NPD-Führung von kommunistischen Agenten durchsetzt ?

Mitgliederlisten liegen bei DDR-Behörden vor

sp - Seit einiger Zeit werden Mitglieder der NPD, die nach Berlin fahren wollen, an den Übergangsstellen der Zonengrenze von DDR-Beamten zurückgeschickt. Die genaue Anzahl dieser Zurückweisungen ist nicht bekannt; man schätzt sie auf 70 bis 100. In den meisten Fällen erfolgte die Zurückweisung der betroffenen Bundesbürger mit der ausdrücklichen Begründung, sie seien Mitglieder der NPD, gehörten einer faschistischen Organisation an und müßten deshalb als "Feinde des Sozialismus" betrachtet werden, die man nicht durch das Gebiet der DDR reisen lassen könne.

Bei diesen Zurückweisungen von Bundesbürgern an der Zonengrenze scheint es sich um das Ergebnis genauer Untersuchungen zu handeln, die von kommunistischen Agenten in der NPD selbst durchgeführt wurden. Nach den bisherigen Feststellungen gilt es als erwiesen, daß an den Übergangsstellen der Zonengrenze Listen mit den Namen von NPD-Mitgliedern aufliegen. - Ohne Zweifel haben sich die Ereignisse überstürzt, nachdem in Westberliner Expertenkreisen geäußert wurde, daß der frühere stellvertretende NPD-Landesvorsitzende von Berlin, Rolf Richard Voigt, der am 2. April 1966 wegen landesverräterischer Beziehungen zu den Ostberliner Staatssicherheitsorganen zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden war, möglicherweise die Berliner NPD-Mitgliederkartei den DDR-Behörden ausgeliefert habe.

- * Aus allen diesen Umständen ist also zu schließen, daß es der illegalen KPD in der Bundesrepublik oder dem Agentenapparat der DDR gelungen sein muß, in die Führungsgremien der NPD Spitzel einzuschleusen, deren Hauptaufgabe es ist, die DDR-Behörden mit Mitgliederlisten der NPD zu versorgen. Wer den Aufbau der NPD kennt, muß zugeben, daß die kommunistischen Agenten gut "gearbeitet" haben. Mitgliederlisten bei der NPD sind nämlich nur einem verhältnismäßig kleinen Kreis führender Funktionäre zugänglich.

Diese Vorkommnisse haben bei der NPD natürlich größte Besorgnis ausgelöst. Bundesbürger, die sich aus irgendeinem Grunde dieser Partei angeschlossen haben, fordern von den örtlichen und regionalen Leitungen ihrer Partei die Vernichtung sämtlicher Mitgliederlisten oder erklären sogar durch Einschreibebriefe, daß sie "nie Mitglied der NPD gewesen" seien.

In den Führungsgremien der NPD breitet sich ein immer größeres Mißtrauen aus. Man beginnt sich gegenseitig der "Untreue" zu bezichtigen und erwägt ernsthaft, ob in Zukunft die Führung der Mitgliederlisten unter einem speziellen Codeverfahren angelegt werden soll. Aus diesem Grunde hat man bei der NPD-Führung bisher auch darauf verzichtet, mehr als nur laibne Proteste gegen die Maßnahme der DDR-Behörden zu erheben. Die "Betroffenen" haben nämlich die NPD-Führung dringend ersucht, von der weiteren öffentlichen Erörterung dieser Angelegenheit Abstand zu nehmen, damit ihr Name als NPD-Mitglied nicht bekannt wird.

Registrierungspflicht für "Lobbyisten"

Interessenvertretung der Verbände soll durchsichtiger werden

HB-er - Wie groß die Zahl der Bonner Interessenvertreter von Verbänden aus allen Bereichen ist, die für ihre Mitglieder und Auftraggeber die Gesetzgebung zu beobachten und zu beeinflussen trachten, weiß im Augenblick wohl kaum jemand. Und es ist keineswegs sicher, ob die Zahl der Bonner Interessenvertreter jemals haarscharf zu erfassen sein wird. Immerhin: Die Anträge, die jetzt von der SPD-Bundestagsfraktion eingebracht worden sind, scheinen geeignet, etwas mehr Licht in die "Lobby" zu bringen.

Daß den Bezeichnungen "Interessenvertreter" oder "Lobbyisten" ein etwas anrüchiger Beigeschmack anhaftet, hat seine Hauptursache darin, daß nicht schon in der Vergangenheit die Voraussetzungen für eine offene und saubere Interessensvertretung im parlamentarisch-politischen Raum geschaffen wurden. Die SPD-Fraktion hat in den letzten Jahren wiederholt dargetan, daß sie eine offene Vertretung berechtigter Interessen für absolut zulässig hält. Vorausgesetzt eben, daß sie sich in Formen vollzieht, die das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen brauchen. Die Anfang April von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion eingebrachten Anträge haben zum Ziel eine erheblich verbesserte Durchsichtigkeit und Publizität der Einwirkung der Verbände und Organisationen auf die Arbeit von Parlament und Regierung. Dabei wird unterstellt, daß es legitim, ja wünschenswert ist, wenn die Verbände ihre Interessen darlegen und ihr spezielles Wissen zur Verfügung stellen.

Falls der SPD-Antrag zur Ergänzung der Geschäftsordnung des Bundestages angenommen wird, werden Interessenvertreter künftig nur noch unter der Voraussetzung angehört (z.B. in Hearings), "daß sich die von ihnen vertretenen Verbände in eine beim Präsidenten des Deutschen Bundestages geführte Liste eingetragen haben". Die Liste, die alljährlich im "Bundesanzeiger" veröffentlicht wird, soll u.a. Angaben über Vorstand und Geschäftsführung des Verbandes, die Mitgliederzahl und den Interessensbereich sowie die Namen und Adressen der Verbandsvertreter am Sitz von Parlament und Regierung enthalten.

Diese Registrierungsspflicht wird für die seriösen Verbandsvertreter auch positive Aspekte haben: Die zuständigen Stellen - vom Abge-

ordneten über die Fraktionen bis zu den Ministerien - werden die Möglichkeit haben, noch mehr als bisher mit den Verbänden rechtzeitig ins Gespräch zu kommen, vor allem auch mit jenen, die bisher vielleicht übergangen wurden, weil es ihnen an der entsprechenden "Lautstärke" fehlte.

Von noch größerer Bedeutung dürfte aber der zweite Vorstoß der SFD-Fraktion sein, der auf Änderungen oder Ergänzungen der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien hinzielt. Auch den Ministerien soll zur Auflage geracht werden, nur noch solche Verbände heranzuziehen und zu hören, die in dem beim Bundestagspräsidenten geführten Register eingetragen sind. Weiter soll in der Gemeinsamen Geschäftsordnung festgelegt werden, daß Mitgliedern des Bundestages auf Wunsch Einsicht in Gesetzentwürfe zu gewähren ist, sobald und soweit die einschlägigen Fachkreise und Verbände vor dem Entwurf in Kenntnis gesetzt worden sind. Es soll künftig die Ausnahme sein, daß Verbandsvertreter die Abgeordneten mit Referentenentwürfen konfrontieren, von deren Existenz die Parlamentarier unter Umständen noch nicht die geringste Ahnung haben. (Hier wird zu überlegen sein, ob eventuell festgelegt werden muß, wie die Regierung die Fraktionen von der Existenz jener Entwürfe unterrichten kann, die auch an die "Lobby" gehen.)

Entscheidend ist schließlich die für die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien vorgesehene Bestimmung, wonach die Bundesregierung bei der Begründung von Gesetzentwürfen, die dem Gesetzgeber zugeleitet werden, kurz darlegen soll, welche Stellungnahmen von den herangezogenen Verbänden abgegeben worden sind. Mit dieser Vorschrift soll deutlich gemacht werden, in welcher Weise welche Interessenverbände die Entwürfe vor ihrer Einbringung im Parlament zu beeinflussen suchten. Vor allem wird dann auch klar erkennbar werden, wenn Verbände im Laufe der parlamentarischen Beratungen von ihren ursprünglichen Positionen wieder abrücken. Denn auch das hat es in der Vergangenheit gegeben, vor allem dann, wenn es in den Organisationen unterschiedliche Standpunkte gab.

Die Transparenz der Interessenvertretung ist zweifellos auch ein Stück Demokratisierung, wenn man in Rechnung stellt, daß bislang dem nicht unerheblichen Einfluß der "Lobby" kein entsprechendes Maß an öffentlicher Rechenschaftspflicht und sichtbarer Verantwortung gegenübersteht.

Mitterrand rückt in den Mittelpunkt

Wachsendes Selbstvertrauen der demokratischen Linken Frankreichs

Von Georg Scheuer, Paris

4,5 Millionen Wähler, 120 Abgeordnete, 10 Millionen Stimmen in der Stichwahl gegen General de Gaulle für den Präsidentenstuhl, also fast die Hälfte der französischen Wähler - das repräsentiert heute François Mitterrand, der anerkannte Chef der französischen Linken, Frankreichs zweitstärkste Kraft. Dennoch oder gerade deshalb kommt er im französischen Fernsehen nur selten zu Wort.

Fernsehmonopol

Zum erstenmal seit zwei Jahren durfte der Chef der französischen Linken dieser Tage wieder auf den Fernsehschirmen erscheinen. Normalerweise ist die ORTF hier der Regierungspropaganda vorbehalten. So wurde die im Februar 1968 veröffentlichte Plattform der Linksparteien seither von gaullistischen Persönlichkeiten im französischen Fernsehen mehrmals kritisiert, das Publikum bekam jedoch keine Möglichkeit, den Inhalt des vielgelästerten Linksprogramms kennenzulernen. Premierminister Pompidou bezeichnete die Erklärung der Linksparteien als "Unsinn", der gaullistische Generalsekretär Foujade sprach von "Eselei". Um Kraftausdrücke ist man nicht verlegen. Weder Mollet noch Mitterrand durften im Fernsehen antworten.

Neuer Stil

Erst im April bequeme man sich, Mitterrand von drei Journalisten interviewen zu lassen, nämlich von einem Redakteur von LE MONDE, von einem Rechtsgaullisten aus der Redaktion von PARIS PRESSE und vom Linksgaullisten Rousset aus der Redaktion von NOTRE REPUBLIQUE. Trotz aller Fangfragen antwortete Mitterrand meisterhaft und sachlich und machte - wie eine Meinungsumfrage ergibt - auf das Fernsehpublikum den besten Eindruck.

Mitterrands Stil hat sich seit zwei Jahren geändert. Er spricht heute nicht allein als Vertreter der Linken. Im Hinblick auf den wachsenden Linkstrend mit seriösen Chancen, nach de Gaulle zum Präsidenten der Republik gewählt zu werden, fühlt Mitterrand sich jetzt schon "dem ganzen Volk gegenüber verantwortlich".

Chancen

Nachwahlen ergaben, daß die französische Linke mit ungefähr der Hälfte aller Wähler rechnen kann. Die Kräfteverteilung liegt "auf des Messers Schneide". In neuen Präsidentenwahlen könnte Mitterrand sehr gut für das höchste Amt gewählt werden.

Der Umschwung war schon während der letzten Präsidentenwahl fühlbar. Mitterrand selbst sagt dazu, er habe damals den ersten

Wahlgang eigentlich nur als Achtungserfolg empfunden. Er hätte zuerst nicht geglaubt, daß "die öffentliche Meinung, die seit sieben Jahren absoluter Macht bearbeitet worden war, sich zu einer Linksmehrheit entschließen könnte. Heute bin ich davon überzeugt, daß es möglich ist".

Aufgaben

Von den grundsätzlichen Aufgaben eines neugewählten französischen Staatspräsidenten sagt er, er müsse vor allem "so sehr wie jeder Staatsbürger dem Gesetz verpflichtet sein", sich als "Vertreter des ganzen Volkes" fühlen und "Selbstbeherrschung" üben. Er müsse "den Wahlergebnissen Rechnung tragen" und dürfe "die Meinung der Volksvertretung nicht mißachten". Also in jedem Fall anders als der gegenwärtige Präsident-General.

Dennoch wird von den Gaullisten weiterhin auf einer angeblichen "Diktaturdrohung" der Linksparteien herangeritten. Es handelt sich um einen Satz, der aus der Zusammenhang einer zwanzigseitigen programmatischen Erklärung gerissen wurde, in welcher die Linksparteien ankündigen, sie würden Putschdrohungen und Wirtschaftssabotage der reaktionären Kräfte nicht untätig zusehen. Daß damit ausschließlich eine loyale Handhabung der demokratischen Gesetze, Freiheiten und Rechte gemeint ist, wurde mehrmals gesagt und von Mitterrand nochmals bestätigt. Wörtlich sagte er seiner Interviewern: "Wir wissen, daß die gegenwärtigen Machthaber durch Gewalt und List an die Macht gelangt sind und vor Gesetzesbruch nicht zurückscheuten. Man sagt - und persönlich bin ich geneigt zu glauben, daß es stimmt - daß die am Ruder befindliche Mannschaft vor illegalen Mitteln nicht zurückschrecken würde, um an der Macht zu bleiben." Diese Gefahr wird von den demokratischen Kräften in Frankreich nicht übersehen. Aus Schaden wird man klug.

Schlüsselstellung

Die Linksföderation ist nicht stark genug, um allein zu regieren. Wo sieht sie ihre Verbündeten? Offensichtlich sucht die FGDS Unterstützung sowohl links als auch im Zentrum. Provokative Frage: Was geschähe beispielsweise, wenn die KPF mehr Stimmen und Abgeordnete hätte als die Linksföderation? (Derzeit ist es umgekehrt.)

Die hier ange deutete Hypothese ist unwahrscheinlich, aber nicht unmöglich. Mitterrand weicht der Frage nicht aus, er antwortet: "Die Föderation würde weiterhin der Meinung sein, daß sie die Pflicht und Fähigkeit hat, die Franzosen um sich zu scharen und zu versöhnen." Mit anderen Worten, keiner kann der Linksföderation diese Aufgabe abnehmen, niemand kann sie in dieser Schlüsselstellung ersetzen. Sowohl Kommunisten als auch Zentrum und Konservative beginnen sich darüber klar zu werden. Staatspräsident oder Ministerpräsident Mitterrand - man beginnt sich auf diese "nachgaullistische Perspektive" einzustellen.